

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

79 (5.4.1934)

Ercheint täglich mit Ausnahme der Feiertage
Bezugs-Preis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Käs-träger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.25 zusätzlich 35 Pfg. Postzustellgebühr. Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluss Nr. 465
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.
Bank-Konto: Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.
Giro-Konto: Spar- u. Baufenkasse Sinsheim (öffentl. Statthalter)

Große Baupläne des Reichsverbandes für „Deutsche Jugendherbergen.“

Berlin, 5. April. Das deutsche Jugendherbergswesen ist in der ganzen Welt vorbildlich geworden. Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen wird mit Unterstützung der Reichsregierung am 20. und 21. April einen Reichs-Verbands- und Opfertag durchzuführen, um neue Mittel zu erlangen, mit denen neue Jugendherbergen geschaffen, die schon bestehenden finanziell mitläßt und wenn irgend möglich auch Uebernachtungspreise weiter gesenkt werden sollen. Im ganzen Reich werden Kirchblüten zu Gunsten dieses sozialen Wertes verkauft. Der neugeschaffene

Schwimmenden Jugendherberge „Sein Godenwind“

Die Ende dieser Woche durch den Reichsjugendführer in Hamburg feierlich eingeweiht werden wird, wendet sich das größte Interesse der deutschen Jugend zu. Bereits heute liegen mehr als 20 000 Anmeldungen vor. Die Einweihung dieser ganz einzigartigen schwimmenden Jugendherberge wird zu einem Fest der ganzen deutschen Jugend werden, an dem mehr als 100 000 deutsche Jungen und Mädchen teilnehmen.

In Hannover wird in Kürze die Paul-von-Hindenburg-Jugendherberge erbaut. Dieses den Namen des Reichspräsidenten tragende Haus soll besonders auch als Wanderschule zur Abhaltung von Reichswandererlehrgängen dienen. In Barchinaden wird eine

Adolf-Hitler-Herberge

erleben, da es sich als notwendig erwiesen hat, für die begeisterte wandernde deutsche Jugend, die in ungeheurer Zahl ständig nach dem Oberpfalzberg strömt, um dort dem Führer nahe zu sein, gute Unterfunkräume zu schaffen. Der Führer hat diese Jugendherberge befürwortet und die Genehmigung erteilt, daß sie seinen Namen tragen darf. In Eisenach wird die

Langemard-Jugendherberge

gebaut, die ihren Namen tragen soll zu Ehren der jungen Freiwilligen-Regimenter, die den Opfertag in Flandern erlitten. Die Fahne der Freiwilligen-Regimenter, die bei Langemard mitfochten, werden in einer Ehrenhalle der Jugendherberge untergebracht. Die Einweihung wird in feierlicher Weise unter Teilnahme der Reichswehr stattfinden.

Für Pommern ist ein besonders großer Plan in Vorbereitung. Hier sollen nach ganz neuen Ideen Jugendherbergen errichtet werden. Der Herbergsvater soll gleichzeitig als Siedler angefaßt werden, damit die Jugendherberger einen möglichst geringen Zuschuß benötigen. Eine Jugendherbergssiedlung wird in der Nähe von Stettin errichtet werden. Hier sollen verheiratete Jugendführer als Herbergsvater geschult werden. Nach der Schulung sollen sie als Siedler und Herbergsvater angefaßt werden.

geduldet werden wird. Dieses hat vielmehr die Absicht, gegen das Spekulantentum im Handel in rückständigster Weise vorzugehen und durch Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Holzsortimente der Preissteigerung ein Ziel zu setzen.

Anmeldepflicht für neue Futtermittel

Berlin, 5. April. Es besteht Veranlassung, auf die Verpflichtung zur Anmeldung neu in den Verkehr kommende Futtermittel nach § 2 FMO zur Eintragung in das Register für Futtermittel hinzuweisen.

Die Anmeldung hat bei der Reichsregisterstelle für Futtermittel in Berlin S. W. 11, Prinz-Albrecht-Straße 1-3 schriftlich zu erfolgen. Zur Erleichterung der Anmeldung werden bei dieser Stelle Vorbrüche bereitgehalten. Wer behauptet, daß ein Futtermittel vor Inkrafttreten des FMO in Verkehr war, hat dies zu beweisen. Jede neue auch unerhebliche Änderung der Zusammenensetzung eines angemeldeten Futtermittels macht eine Neuanmeldung erforderlich. Erst nach Erfüllung aller Anmeldevorgänge nimmt die Reichsregisterstelle die Eintragung des Futtermittels in das Register vor, und erst dann darf das neue Futtermittel in dem Verkehr (auch gegen Entgelt zu Versuchszwecken) vertrieben oder angeboten werden. Jedes gesetzwidrige Verhalten wird von der Reichsregisterstelle sofort der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Schuldigen mitgeteilt werden.

Der Reichsführer der Teno zurückgetreten

Berlin, 5. April. Der Reichsführer der Technischen Nothilfe, Otto Lummig, ist im Einvernehmen mit dem Reichsministerium des Innern von seinem Posten zurückgetreten. Der Reichsinnenminister hat ihm seinen Dank und seine Anerkennung für die durch die Gründung und langjährige Leitung der Technischen Nothilfe dem deutschen Volk geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen. Mit der kommissarischen Führung der Teno ist der Stellvertreter des Reichsführers der Teno, Hampe, beauftragt worden.

Mehrausgaben im Haushalt

Berlin, 4. April. Einige ausländische Blätter erregen sich etwas künstlich über die Erhöhung im deutschen Wehrhaushalt. Sie werfen, um möglichst hohe Summen zu erzielen, allerlei zusammen: die Vermehrung des Haushalts für Reichswehr und Marine (222 Mill.), die Aufwendungen für die Luftfahrt (191 Mill.), die Unterstützung für SA und Arbeitsdienst (250 Mill. RM.). Die Luftfahrt ist eine „zivilisierte“ Angelegenheit, hat also mit den Wehrausgaben so wenig zu tun, wie die wirtschaftlichen Zwecke des Arbeitsdienstes und die innerpolitischen Aufgaben der Verbände, die bewußt auf militärische Ausbildung verzichten. Die Mehrausgaben für die Reichswehr (172 Mill.) sind vorgesehen zur Vorbereitung der Umorganisation der bisherigen Truppe, die bekanntlich Gegenstand internationaler Verhandlungen ist, die Steigerung für die Marine (50 Mill. RM.) erklärt sich sehr einfach aus dem längst nötigen Ersatz für veraltetes Material. Die ausländischen Blätter sollen sich einmal die Steigerung der französischen Rüstungen betrachten, dann würden sie auf ganz andere Posten stoßen.

Neuregelung im Chortwesen

Berlin, 4. April. Auf Grund des Paragraphen 25 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 (Reichsgesetzblatt I. S. 797) hat der Präsident der Reichsmusikkammer folgende Anordnung getroffen:

In wenigen Worten

Berlin: Der Reichspräsident hat zum Nachfolger d. 3 am 1. April in den Ruhestand getretenen Feldmarschalls der Wehrmacht, D. Schlegel, den Wehrkreispfarrer Dr. Franz Dohrmann (Stettin) ernannt.

Berlin: Reichsminister Stabschef Ernst Röhm hat die Ehrenführerschaft des Deutschen Reichskriegerbundes „Kriegshäuser übernommen. Stabschef Röhm hat damit die besondere Verbundenheit der Obersten SA-Führung mit der größten Organisation der Frontsoldaten sichtbar zum Ausdruck gebracht.

Berlin: Der Präsident der Reichsmusikkammer hat angeordnet, daß alle in der Öffentlichkeit bei der Verbreitung musikalischen Kulturgutes mitwirkenden Männervereine oder -vereinigungen bis zum 15. Mai die Mitgliedschaft der Reichsmusikkammer erwerben müssen.

Wien: Die bekannte Schauspielerin Hanni Niese erlitt gestern bei einer Aufführung im Konzertsaal einen Schlaganfall und starb auf dem Transport ins Spital. Hanni Niese war nicht nur eine der berühmtesten Wiener Schauspielerinnen, sondern auch im Deutschen Reich, besonders in Berlin, durch Gastspiele bekannt. Die Künstlerin stand im 59. Lebensjahr. Ihre Hauptstärke war das Volkstüch.

Wien: Durch Verordnung des Polizeipräsidenten von Wien, Dr. Steidle, sind am Mittwoch mehrere sozialdemokratische Führer und Nationalsozialisten der österreichischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden.

Paris: In amtlichen Kreisen wird die vom „Journal“ gebrachte Nachricht dementiert, wonach der Hafen von Calais wieder zu einem Unterseeboot-Stützpunkt ausgebaut werden soll.

Paris: Ein in Tunis lebender Engländer verübte Selbstmord, indem er sich mit Benzin übergießt und dann anzündete.

Madrid: Die spanische Regierung hat offiziell aus Paris kommende tendenziöse Gerüchte von einem deutschen Waffenhandlung an der westafrikanischen Küste als frei erfunden bezeichnet.

Reval: Wie das estnische Außenministerium mitteilt, hat gestern der estnische Gesandte in Moskau das Protokoll über die Verlängerung des Nichtangriffspaktes unterzeichnet. Die Verlängerung erstreckt sich bis zum 31. Dez. 1945.

Mexico-Stadt: Der Deutsche Edvard Weisgerber ist in der Nähe von Atzac von unbekannten Tätern ermordet worden. Ein zweiter Deutscher namens Wilhelm Blum wurde erheblich verletzt. Es soll sich um einen Racheakt handeln.

Die Gemeinden in der zweiten Arbeitschlacht.

Berlin, 5. April. Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände können, wie der „Gemeindeblatt“ schreibt, in den zweiten Abschnitt der Arbeitschlacht mit dem stolzen Bewußtsein eintreten, daß sie in der ersten, hinter uns liegenden, besonders schwierigen Angriffswelle erfolgreich die eigentlichen Träger des Offenwertes gewesen sind. Sie können heute auch den wesentlichen Teil des Erfolges für sich in Anspruch nehmen. Von den Mitteln, die das Reich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung ausgeworfen hat sind allein von den Gemeinden und Gemeindeverbänden um ihren Betrieben nahezu 60 v. H. in Anspruch genommen worden. Handelt es sich dabei schon um Beträge von vielen Hundert Millionen Mark, so überschreitet die Summe die Milliardenengrenze um ein Beträchtliches, wenn man hinzu rechnet, was die Gemeinden und Gemeindeverbände auf eigenen Mitteln noch hinzu getan haben. Ein besonders wirksamer Beweis für die Arbeitsbeschaffungstätigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltung ist aber folgender:

Durch eine besondere Erhebung konnte soeben festgestellt werden:

daß in der Zeit vom Oktober 1933 bis März 1934 bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und ihren Betrieben sowie bei den von den Gemeinden durchgeführten Arbeiten rund 230 000 Neueinstellungen erfolgt sind.

Nach angestellten Erhebungen sind schon heute für Ende März bis Ende Juni in den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei den von ihnen veranstalteten Arbeiten rund 135 000 Neueinstellungen vorgesehen; im weiteren Verlauf des Jahres wird die Zahl der Neueinstellungen wahrscheinlich das Ergebnis des abgeschlossenen Abschnittes erreichen wenn nicht sogar überschreiten. Besondere Aufmerksamkeit wird 1934 der Erneuerung der gemeindlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe zugewendet werden.

Weitergeltung von Tarifverträgen nach dem 1. Mai 1934

Berlin, 5. April. Der Reichsarbeitsminister hat über die Weitergeltung von Tarifverträgen nach dem 1. Mai 1934 unter dem 28. März 1934 eine bedeutende Anordnung erlassen. Hiernach gelten die am 30. April 1934 noch laufenden Tarifverträge als Tarifordnungen so lange unverändert weiter, bis der Trennhänder der Arbeit ihren Ablauf anordnet oder sie abändert. Der Reichsarbeitsminister kann auch selbst den Ablauf bestimmen. Die als Tarifordnungen verlängerten Tarifverträge gelten, wenn sie für allgemein ver-

Betriebsfremde Eingriffe in die Wahl der Vertrauensmänner verboten

Berlin, 5. April. Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister geben bekannt:

Es liegen Mitteilungen vor, wonach in verschiedenen Teilen des Reiches trotz der klaren Anweisungen der Reichsregierung von betriebsfremden Kreisen versucht wird, in die Wahl der Vertrauensräte einzugreifen, die Wahllisten aufzustellen, zu ändern oder Vorschriften über Zeitpunkt und Formen der Wahlen zu erlassen. Derartige Versuche sind unzulässig und stehen im scharfen Widerspruch zu Geist und Inhalt des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit. Dieses Gesetz, das auf der Grundlage der Zusammengehörigkeit aller Betriebsangehörigen beruht, geht davon aus, daß soweit wie möglich die Beziehungen des Führers eines Betriebes und seiner Gefolgschaft im Betriebe selbst geregelt werden müssen. Das Gesetz will also gerade Einmischungen betriebsfremder Elemente, wie sie früher von Gewerkschaften vorgenommen worden sind, ausschließen und die Selbstverantwortlichkeit der im Betriebe tätigen Menschen stärken. Es bestimmt daher, daß lediglich der Führer des Betriebes im Einvernehmen mit dem Betriebszellenmann des Betriebes die Wahllisten der Vertrauensmänner aufstellt und die Wahl durchführt. Wo diese Einigung nicht möglich ist oder wo die Wahl zu keinem positiven Ergebnis führt, kann allein der Trennhänder der Arbeit die notwendigen Anordnungen treffen. An diesem Grundsatz muß unbedingt festgehalten werden. Wer gegen den vom Gesetzgeber gewöhnlichen Grundsatz verstößt, läuft Gefahr, zur Reichsgerichts gezo-gen zu werden, ganz abgesehen davon, daß gesetzwidrige Eingriffe in die Wahlen der Vertrauensmänner die Unzulässigkeit der Wahlen nach sich ziehen können.

Zinsenkung bedeutet stärkste Wirtschaftsbelebung.

In beachtenswerten Darlegungen erörtert im Zentralblatt der NSDAP für Gemeindepolitik Bürgermeister Fischer, Burghausen die gewaltige Bedeutung, die einer Zinsenkung für den Fortgang der Arbeitschlacht zukommen würde. Würden heute alle Zinssätze bei langfristigen Schulden von 6, 7 und 8 Prozent auf 4 Prozent gesenkt, so bedeutet dies die stärkste überhaupt denkbare Wirtschaftsbelebung und weitere rapide Senkung der Arbeitslosenquote. Die große Bedeutung dieser Arbeitsbeschaffung ergebe sich daraus, daß allein die deutschen Hypothekenbanken über 6,2 Milliarden Hypotheken ausgeliehen haben.

Bei einer Zinsenkungsaktion könnten somit hunderte von Millionen für Instandsetzungsarbeiten freigegeben werden.

Besonders eingehend befaßt sich der Referent des Gemeindepark mit den Auswirkungen für die Gemeinden. Er stellt fest, daß, wenn heute erfreulicherweise erstmals wieder die deutschen Gemeinden ihren Haushalt zum Ausgleich bringen konnten, dies neben der Senkung der Arbeitslosenquote das Ergebnis der Verringerung der Zins- und Tilgungslasten durch das Gemeindeparkungs-gesetz sei. In dieses Gesetz konnten allerdings nur die kurzfristigen Schulden einbezogen werden. Die Gesamtschulden der deutschen Gemeinde betragen 11,3 Milliarden, von denen rund 7 Milliarden langfristig sind. Der Zinsendienst beträgt jährlich 720 Millionen. Der durchschnittliche Zins der langfristigen Gemeindeparkung beträgt noch immer 6,3 Prozent. Mit Recht hat deshalb Staatskommissar Dr. Vippert auf der kommunalpolitischen Tagung des Nürnberger Parteitages die Reichsregierung gebeten,

den Zins für alle Gemeindeparkung auf 4 Prozent herabzusetzen.

Eine solche Herabsetzung würde eine jährliche Entlastung aller Gemeindeparkung um etwa 200 Millionen Reichsmark bedeuten. Würden auch die langfristigen Schulden gesenkt, so wäre auch für das ganze nächste Jahr der gemeindliche Auftragsmarkt in der Lage, die Arbeitslosigkeit weiter tafkräftig zu beschränken. 200 Millionen Zinsersparnis bedeuten bei 4 Prozent Zins und 2 Prozent Tilgung für neues Geld 3,3 Milliarden Kapital. Würden die deutschen Gemeinden nur ein Drittel bis die Hälfte von dieser Summe für die neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufwenden, so bedeute dies eine gemeindliche Arbeitsbeschaffung für 1 bis 1,5 Milliarden Reichsmark. Fischer kommt deshalb zu dem Schluß, daß nur mit einem Zins von 4 bis 4,5 Prozent eine gesunde Wirtschaft getrieben werden kann.

Ende der Preistreibe auf dem Holzmarkt

Berlin, 5. April. In Anbetracht der Tatsache, daß die Preise für Roh- und Schnittholz einen Tiefstand erreicht hätten, der den Bestand der deutschen Forst- und Holzwirtschaft bedrohte, hatte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine angemessene Preissteigerung im Laufe des Jahres 1933 für berechtigt erachtet. In den letzten Wochen hat indessen bei verschiedenen Holzsortimenten, insbesondere auch bei Bauholz, die Aufwärtsbewegung der Preise einen Grad erreicht, der von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter keinen Umständen

Alle in der Öffentlichkeit bei der Verbreitung musikalischer Kultur...

Die Mitgliedschaft wird durch Eingliederung in den für das gesamte Männerchorwesen...

Der Nachweis für den Erwerb der Mitgliedschaft wird durch eine Mitgliedskarte...

Die deutsche Einfuhr nach Frankreich.

Bildung eines Beirates beim Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr.

Berlin, 5. April. Da die französische Regierung die seit dem 1. Januar 1934...

Der Beirat bezw. seine Unterauschnisse sollen sämtlich Einfuhrbewilligungsanträge...

Frankreich wiebt um England

Paris, 5. April. Im augenblicklichen Stadium der Abrüstungsprobleme...

Der „Temps“ macht die Engländer in seinem Leitartikel darauf aufmerksam...

Wo läßt Ungarn sein Getreide?

Beginn der Wirtschaftsverhandlungen in Rom.

Rom, 5. April. Die ungarische und österreichische Abordnung, die die Verhandlungen...

- 1. Festlegung des Preises für das Getreide, das nach Italien und Österreich ausgeführt werden soll.

Es ist anzunehmen, daß die Wirtschaftsverhandlungen schon aus politischen Gründen...

oder den von mir zur Kontrolle besonders bestellten Personen vorzuweisen.

Auflast zum großen Rundfunkprozeß

Berlin, 5. April. Das Berliner Schwurgericht verhandelte am Mittwoch...

In der gestrigen Verhandlung war Römer im wesentlichen geständig.

Streitdrohung der französischen Beamten

Paris, 5. April. Ministerpräsident Doumergue hatte am Mittwoch...

Bulgarischer Besuch in Berlin

Sofia, 5. April. Der Ministerpräsident und Außenminister Muschanoff...

Es wird als wahrscheinlich bezeichnet, daß Muschanoff auf der Rückreise...

bitantischen Schutzbundes eine Kundgebung gegen die Regierung zu veranstalten.

Bundeskanzler Dollfuß will nach London

Wien, 5. April. Bundeskanzler Dr. Dollfuß beabsichtigt wie mitgeteilt wird...

Vor polnisch-litauischen Verhandlungen?

Wien, 5. April. Wie die Blätter übereinstimmend aus Rom melden...

Italienisch-türkischer Handelsvertrag unterzeichnet

Ankara, 5. April. Die Handels- und Wirtschaftsverhandlungen...

Mostau und der Völkerbund

Reval, 5. April. Wie aus Mostau gemeldet wird, ist die Frage des Beitritts...

Konferenz der japanischen Botschafter in Tokio

Tokio, 5. April. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß am 28. Mai...

Reichsminister Röhm in Ragusa

Belgrad, 5. April. Reichsminister Staatschef Röhm ist am Mittwochnachmittag...

Schutzbündlerkundgebung in Wien

Wien, 5. April. An dem Grabe zweier bei dem Februaraufstand...

gegen die Wand. Er strich behutsam ihren Arm herab. Als draußen die Klingel schellte...

Auf die Anzeige, die Vena betreffs eines Chauffeurs unter Chiffre...

Bezugnehmend auf Ihre Anzeige gestatte ich mir, mich um die Stelle...

wissen über meine Person und meine Verhältnisse Bescheid. Seien Sie versichert...

Wien, Salzgasse 24/4.

„Dik!“ Grude hielt den Brief zusammengeknüllt zwischen den Fingern.

Mit raschen Schritten war er aus dem Zimmer. Madlen erschraf...

O. Schneider-Foerstl: Dr. Grudes Ehe

Der Bredireiz, der sich darauf einstellte, war furchterlich.

Vena, die gegen acht Uhr früh die Post auf dem Schreibtisch...

„Hat das Pulver Ihrer Frau geholfen?“ „Weinabe, Vena!“

Die Hände über das Gesicht aedeckt, taumelte sie

